



Milobader Tagblatt

Enztalbote Wildbader Zeitung
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad
und das obere Enztal

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis monatlich 1.50 RM, frei ins Haus geliefert; auch die Post bezogen im innerdeutschen Bezugspreis monatlich 1.55 RM. Einzelnummer 10 Pf. — Großabnahme Nr. 50 bei der Oberamtspoststelle Reudnitz Zweigstelle Wildbad. — Bankkonto: Enztalbank Hübner & Co., Wildbad; Verleger: Gewerbetreibender Filiale Wildbad. — Postfachkonto 231 74 Stuttgart. Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile oder deren Raum im Beleg Grundpreis 15 Pf., außerhalb 20 Pf. — Reklamestelle 50 Pf. Rabatt nach Tarif. Für Offerten und bei Anzeigenstellung werden jeweils 10 Pf. mehr berechnet. — Schluß der Anzeigenannahme täglich 9 Uhr vormittags. — In Kontrahenten oder wenn gerichtliche Beilegung notwendig wird, fällt jede Rückgängigmachung weg. Druck, Verlag u. verantw. Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad i. Schw., Bismarckstr. 86, Tel. 479. — Wohnung: Villa Hubertus

100-Jahrfeier des Gustav-Adolf-Bereins Eine Million in Groschen

Leipzig, 20. Sept. Einen Höhepunkt in den Veranstaltungen des Gustav-Adolf-Bereins bildete am gestrigen Montag in der Hauptversammlung die Ueberreichung der Jubiläumssammlung „Eine Million in Groschen“ durch General-Superintendent Dr. Blau-Rosen. Der Redner führte dabei aus, die Spende sei nicht durch große Gaben, sondern durch mühselige Kleinarbeit zustande gekommen. Im Namen aller Hauptvereine überreichte er dann den Betrag von 1 162 864,35 Mark an den Vorsitzenden des Gustav-Adolf-Bereins, Universitätsprofessor Geheimrat Dr. Kendorff-Leipzig. Ueber die Entstehung dieser Sammlung berichtete eingehend Pfarrer Dr. Bruhns-Leipzig. Fester Gemeinschaftswille habe die Sammlung wachsen lassen. Während der Sammlung habe sich besonders der Opferwille der Auslandsdeutschen befunden. Im weiteren Verlauf der Hauptversammlung betonte der Vorsitzende, Geheimrat Dr. Kendorff in seiner Ansprache, der Gustav-Adolf-Berein beginne die Jahrhundert-Gedenkfeste billigerweise nicht mit dem dankbaren Gedenken an das, was vor 300 Jahren auf Leipzigs Schlachtfeld bei Lützen geschehen sei. Er gedachte weiter der vielen Führer und Freunde des Gustav-Adolf-Werts, vor allem des Superintendenten Dr. Grohmann, der vor hundert Jahren den Grund legte, auf dem der Verein in gesundem Wachstum sich ausgestaltet habe.

Reichsminister des Innern Freiherr von Gahl begrüßte im Namen der Reichsregierung vor allem die Vertreter des glaubensverwandten Schwedens und brachte dann die Glückwünsche der Reichsregierung dar, daß dem Gustav-Adolf-Berein weiterhin die Führer beschieden sein möchten wie bisher. Das Wirken des Gustav-Adolf-Bereins, führte der Minister weiter aus, ist ein durch hundert Jahre fortgesetztes Bekennen gewesen, nicht durch Worte, sondern durch Betätigungen der Liebe zu dem deutschen Volk und fortgesetztes Bekennen zu Gott und unserer evangelischen Sache. Auch diese Tage in Leipzig sind wieder ein machtvolles Bekennen dieser Art geworden. In solchen Stunden erfährt die Herzen der Teilnehmer ein innerer Zwang zum eigenen Bekennen ihres Standpunktes und ihrer Weltanschauung. Ich fühle als der für die geistigen Güter und die seelischen Kräfte unseres Volkes in erster Reihe verantwortliche Reichsminister gerade in unserer Zeit diesen Zwang mit Ihnen. Ich stehe in Ihren Reihen, und ich betenne mich vor dem ganzen deutschen Volk schlicht, aber deutlich zu den Worten des Apostels: „Ich schäme mich des Evangeliums in Christo nicht!“ (Stürmischer Beifall.) Ich setze hinzu, daß ich zu dem evangelischen Glauben meiner Väter stehe. Mit mir bekennen sich die aus Männern beider Bekenntnisse bestehende Reichsregierung bewußt und offen zum christlichen Staat. (Erneuter stürmischer Beifall.) Unsere Reichsregierung kennt nur den Staat schlechthin und überläßt es ihm, sein Verhältnis zu den Kirchen und Bekenntnissen zu regeln. Diese Tatsache aber entbindet jene ihrer Verantwortung und pflichtbewußte Regierung nicht, von der zwingenden Notwendigkeit, den Staat als christlich aufzufassen und die Staatsführung im christlichen Sinn zu handhaben. Die Unterordnung des Einzelnen unter das Ganze und freiwilliges Dienen am Staat kann nur der auf die Dauer aufbringen, der sich innerlich verantwortlich fühlt gegenüber seinem Volk. Alles Verantwortungsgefühl wurzelt aber im letzten Grund im Ueberförmlichen, das heißt für uns: in Gott. Deshalb ist eine erfolgreiche und wirksame Staatsordnung nur auf religiöser Grundlage denkbar. In Bestätigung dieses Gedankens muß die Staatsführung religiös, das heißt für uns Deutsche christlich sein. Das gilt vornehmlich für das weite Gebiet unseres kulturellen Lebens. Deutsche und christliche Einstellung stehen, richtig verstanden und gedeutet, niemals in Widerspruch miteinander. In diesem Sinn zu arbeiten, ist eine besonders dringliche Aufgabe der Regierung. Ich spreche offen als meine Ueberzeugung aus, daß eine neue Zeit heraufzieht, der ein bescheidener Wegbereiter zu sein unser Pflicht in der Gegenwart ist, und diese Zeit wird christlich-religiös. (Lebhafte Beifall.) Unser gesamtes Leben sollte viel stärker, als es heute in der Notzeit tatsächlich der Fall ist, beherrscht werden von dem ethischen Gedanken der Liebe zum Mitmenschen und Volksgenossen. Ich wünsche, daß über dem Tun und Lassen jedes verantwortlichen Deutschen in Regierung, Politik und Wirtschaft das Wort der Schrift stünde: „Und wenn ich mit Menschen- und Engelzungen redete und hätte der Liebe nicht, so wäre ich ein tönendes Erz und eine klingende Schelle.“

Zu allen andern Bürden trägt das geduldige deutsche Volk noch die Last des Zwiespaltes der Bekenntnisse. Ich schäme es als ein ganz besonderes Verdienst des Gustav-Adolf-Bereins ein, daß er trotz allen Eifers im Glauben niemals danach getrachtet hat, den Riß in unserem Volk zu erweitern, sondern daß er sich bemüht hat, jedem das Seine

Tagespiegel

Reichspräsident von Hindenburg ist am Dienstag nachmittag zur Teilnahme an den Manövern der 1. und 2. Kavalleriedivision und der 3. Division in Fürstentum an der Oder eingetroffen und von einer riesigen Menschenmenge jubelnd begrüßt worden.

Halbamtlich wird erklärt, die Blätterberichte über die Besprechungen des Reichsfinanzministers mit den Vertretern aus Bayern seien reine Vermutungen. Von beiden Seiten werde die beschlossene Vertraulichkeit streng eingehalten.

Im Reichsfinanzministerium fand am Dienstag unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers eine Besprechung mit den Finanzministern der Länder statt. Es ergab sich, daß bei den noch immer sinkenden Einnahmen und steigenden Wohlfahrtsausgaben der Gemeinden die finanzielle Lage für viele Länder und Gemeinden in den nächsten Monaten selbst bei Annahme einer leichten Besserung der Wirtschaft noch äußerst schwierig sein werde und an weiteren Vereinfachungs- und Ersparnismaßnahmen, wo solche noch bestehen, nicht vorübergegangen werden könne. Zur Prüfung dieser Frage wird in den nächsten Tagen ein kleiner Ausschuss im Reichsfinanzministerium zusammengetreten, dem ein Vertreter des Reichsfinanzministeriums und sieben Vertreter der Länder angehören.

Der Reichspräsident hat durch Verordnung vom 20. September bestimmt, daß die Reichstagswahl am 6. November 1932 stattfinden.

Halbamtlich wird darauf hingewiesen, wenn eine Landtagsmehrheit einen Beschluß fassen können, der allen Beamten und Angestellten das Recht zuspreche, die Anordnungen der vorgehenden Behörden unbeachtet zu lassen, sei dies der denkbar schärfste Schlag, der je von einem Parlament der Staatsautorität zugesetzt worden sei. Nachdem Nationalsozialisten und Kommunisten sich zu einer Mehrheit gegen die Staatsautorität zusammengefunden haben, sei gar nicht abzusehen, welche Beschlässe eine solche Mehrheit in dieser Richtung noch fassen werde. Dies könne zu Folgerungen führen, die sich im Augenblick nicht einmal andeuten lassen. Durch solche Beschlässe werde bereits Anruhe in weite Kreise der Bevölkerung hineingetragen. Der Herr Reichspräsident

zu geben. Wir, Kinder eines Staats, gleichviel, ob evangelischen oder katholischen Bekenntnisses, haben die Wurzeln im Glauben an den Erlöser und in tiefer gemeinsamer Liebe zu Heimat, Vaterland und Volk. Es sollte daher bald der Tag kommen, an dem wir uns zusammenfinden zu gemeinsamer Arbeit für einen und in einem deutschen christlichen Staat und für unser gesamtes deutsches Volkstum innerhalb und außerhalb der Grenzen des Reichs.

Nach dem Dank des Vorsitzenden, der die Ansprache als ein bedeutendes geschichtliches Ereignis in der Geschichte des Gustav-Adolf-Bereins bezeichnete, an den Reichsminister sang die Versammlung stehend das Deutschlandlied. Sodann hielt das Mitglied des Zentralvorstands Prälat D. Dr. Hoffmann-Ulm einen Vortrag über das Thema „Die weltweite Bedeutung des Gustav-Adolf-Bereins im Blick auf Heimat, Kirche und Volkstum“. Der Redner knüpfte an die Jubiläumssammlung „Eine Million in Groschen“ an, in der sich die weltumspannende Kraft des Gustav-Adolf-Bereins leuchtend offenbart habe.

Der Sparauschuss der Länderkonferenz

Berlin, 20. Sept. Der Sonderausschuss der Länderkonferenz, dem die Vertreter von Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberg und der Mittelstaaten Hamburg, Thüringen und Mecklenburg-Schwerin angehören, ist unter Vorsitz des Reichsfinanzministers heute nachmittags bereits zur ersten Sitzung zusammengetreten.

Das Arbeitsgebiet des Ausschusses erstreckt sich auf die verschiedenen Verwaltungszweige, so auf die Justizverwaltung, die Schulverwaltung usw. Der Ausschuss wird sich auch mit der Frage der Beamtenbesoldung beschäftigen. Hierfür besteht gerade bei den Ländern ein starkes Interesse, da die Besoldungsverhältnisse bei ihnen recht ungleich sind und deshalb häufig Grund zu Mißstimmungen für den Kreis ihrer Beamten gegeben haben. Ein besonders wichtiges Gebiet ist die Arbeitslosen- und die Wohlfahrtsunterstützung. Bei den bisherigen Beratungen hat sich bereits eine gewisse Linie hierfür abgezeichnet, die darauf hinausläuft, daß die Ueberhörschüsse oder Ersparnisse bei der Arbeitslosenfürsorge der jetzt besonders beanspruchten Wohlfahrtsfürsorge zugute kommen sollen.

Es sollen nicht immer nur dieselben Vertreter an den Ausschussarbeiten teilnehmen. Man beabsichtigt vielmehr, wechselnd Sachberater aus den in Frage kommenden Ressorts herauszugeben. Der Ausschuss wird seine Vorschläge in 2 bis 3 Wochen einer neuen Konferenz der Finanzminister unterbreiten. Natürlich wird auch das Reich sich sehr stark

fasse den Beschluß außergewöhnlich ernst auf, und es scheint, daß der Anlaß gegeben sei, die Frage der Verwaltungsreform rascher und wirksamer zu klären. — Der Vorkostenauschuss des preuß. Landtags dürfte am Mittwoch diese ernste Angelegenheit klären. Die kommissarische Regierung wird nicht vor dem Volltag erscheinen, bis dieser Streitfall irgendwie bereinigt ist.

In Preußen ist der 85. Geburtstag Hindenburgs schulfrei. Beiträge zur Hindenburgspende nehmen auch sämtliche öffentlichen Sparkassen entgegen.

Der berühmte Maler Max Slevogt ist am Dienstag auf seinem Landgut Neucastel bei Landau (Pfalz) einem schweren Herzleiden erlegen.

Wegen Ermordung des Polizeihauptwachmeisters Wenend in Labiau (Ostpr.) wurde der Arbeiter Otto Altrock vom Sondergericht in Königsberg zu 15 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt.

In Paris scheint sich in der amtlichen Stellung zur deutschen Gleichberechtigungsforderung eine Wandlung vollziehen zu wollen.

Der französische Ministerpräsident Herriot hatte am Dienstag eine Unterredung mit dem italienischen Ministerpräsidenten Graf Manzoni.

Präsident Hoover erklärte, die Gleichberechtigung Deutschlands sei eine europäische Frage; er wünsche eine schrittweise Einschränkung der Rüstungen auf der ganzen Welt. Es liege Amerika daran, daß Deutschland sich weiterhin an der Abrüstungskonferenz beteilige, die heute für die ganze Welt so erfolgversprechend sei.

Der König von Schweden hat den sozialdemokratischen Parteiführer P. A. Hansson mit der Kabinettsbildung beauftragt.

Der Amerikaner Gar Wood stellte bei einem Motorbootrennen auf dem Michigansee mit seinem Boot Michigan 10 mit 201,166 Stundenkilometern einen neuen Weltrekord auf.

Die mandchurische Regierung hat der japanischen Militärbehörde volle Vollmacht gegeben, um in allen mandchurischen Provinzen Ordnung zu schaffen.

an der Tätigkeit des Ausschusses beteiligen. Die Beratungen stehen deshalb unter dem Vorsitz des Leiters der Staatsabteilung des Reichsfinanzministeriums, Ministerialdirektor Dr. Usher. Andererseits werden die Länder zum erstenmal praktisch an der Ausarbeitung von Maßnahmen für die verschiedenen Verwaltungsgebiete beteiligt. Das ist ein Fortschritt, der nach Auffassung politischer Kreise gerade vom Standpunkt der Länder aus lebhaft zu begrüßen ist.

Die „Bayerische Staatszeitung“ weist u. a. darauf hin, das Reichskabinett habe deutlich erkennbar die Absicht, die Länderregierungen stärker als in den ersten Monaten zur Unterstützung ihrer Politik heranzuziehen und in eine enge Zusammenarbeit mit dem Reichskabinett zu setzen. Hierbei begegneten sich die Absichten der Reichsregierung mit den Plänen, die in einzelnen Ländern bestehen. Wie weit sich diese politischen Absichten verwirklichen liegen, lasse sich nicht vorausagen.

Neue Nachrichten

Zustimmung zum Regierungsprogramm

Dank des Reichskanzlers

Berlin, 20. Sept. Von der Reichskanzlei wird mitgeteilt: Dem Reichskanzler sind aus Anlaß des durch Rundfunk verbreiteten Regierungsprogramms eine so ungemein große Anzahl von Zustimmungserklärungen aus allen Teilen des Reichs zugegangen, daß er sich zu seinem Bedauern außerstande sieht, sie alle persönlich zu beantworten. Er übermittelt daher auf diesem Weg seinen herzlichsten Dank allen denen, die sich in der Not des Vaterlands mit heißem Herzen als Kämpfer in die Reihen der Front mit Hindenburg für Deutschlands Erneuerung stellen.

Wahlaufruf der Reichsregierung

Berlin, 20. Sept. Die Reichsregierung hat in der gestrigen Kabinettsitzung die Veröffentlichung eines Wahlaufrufes besprochen, der die amtliche Stellungnahme zum Wahlkampf enthalten und noch einmal die Gründe darlegen soll, aus denen heraus die Reichsregierung den Entschluß zur Reichstagsauflösung und zur Ausschreibung von Neuwahlen faßt. Der Aufruf wird ferner die Mahnung an die Parteien richten, den Wahlkampf mit größter Zurückhaltung und unter Wahrung der Ordnung und Ruhe zu führen. Nur unter dieser Voraussetzung sei ein planmäßiger Ablauf der Wahlen gewährleistet.

